

# **XIX. Stipendiatenkolloquium der Bundesstiftung Aufarbeitung**

**24.-26. Januar 2019, Ringberghotel**

von Marco Brödel

Im Rahmen der 12. Geschichtsmesse der Bundesstiftung Aufarbeitung vom 24. bis 26. Januar 2019 im Suhler Ringberghotel zum Thema „*Was heißt hier Demokratie? Deutschland und Europa 30 Jahre nach dem Mauerfall*“ fand auch das 19. Stipendiatenkolloquium der Stiftung statt.

Das Kolloquium wurde von Dr. Ulrich Mählert, Leiter des Arbeitsbereichs Wissenschaft und Internationale Zusammenarbeit der Bundesstiftung Aufarbeitung, am Abend des 24. Januar eröffnet. Den Auftakt zur Präsentation der aktuellen Promotionsprojekte machte Christopher Banditt mit seiner Arbeit zum Thema „*Soziale Ungleichheit in Ostdeutschland 1980-2000. Die materiellen Lagen von Arbeitnehmerhaushalten im Wandel*“. Der erste Teil seines Vortrags widmete sich der Erklärung zentraler Begrifflichkeiten. So führte Christopher Banditt aus, dass die materielle Dimension den Kern sozialer Ungleichheit bilde, die wiederum sozial konstruiert sei. Da er sich momentan mit dem Zeitraum der 1980er Jahre befasst – Kern dieses Kapitel soll die soziale Ungleichheit in der DDR sein – lag hier der Fokus seines Werkstattberichts. Anhand einiger empirischer Befunde diskutierte er die unterschiedlichen Haushalts- und Pro-Kopf-Einkommen in der DDR der 1980er Jahre und die dazugehörigen Einflussfaktoren wie Kindergelderhöhung oder Unterschiede zwischen industriell und eher ländlich geprägten Bezirken. Einen weiteren Faktor stellte das Ausbildungsniveau dar. Dieses gehört laut Christopher Banditt zu den die Zäsur 1989/90 übergreifenden Bestimmungsfaktoren. Für die Zeit nach 1990 stellt er fest, dass das durchschnittliche inflationsbereinigte Pro-Kopf-Einkommen zwar zu Beginn des Jahrzehnts stark anstieg, jedoch Mitte der 1990er Jahre wieder bereits leicht zurückging, während sich die Einkommensschere weiter vergrößerte. Mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit kam auch diese als Einflussfaktor hinzu, samt Begleiterscheinungen wie Arbeitslosengeld. Bezüglich des Faktors Geschlecht hält Christopher Banditt fest, dass die in der DDR vorherrschende Einkommensungleichheit durch den Bedeutungsgewinn des Dienstleistungssektors nach 1990

abgemildert wurde. Da Einkommensunterschiede lediglich eine Komponente der materiellen Dimension von sozialer Ungleichheit darstellen, betrachtet Christopher Banditt auch die Ausstattung der jeweiligen Haushalte mit Konsumgütern wie Waschmaschinen, Farbfernsehern oder PKW sowie den Ausgabenanteil für Nahrungsmittel am Haushaltseinkommen. Dies eröffnet ihm eine alltäglichere Perspektive. In der anschließenden Diskussion wurde die Frage erörtert, ob durch Warenknappheit sowie Tauschgeschäfte in der DDR weniger soziale Ungleichheit bestanden hatte. Christopher Banditt stimmte dem zu, mit der Einschränkung, dass der Zugriff auf D-Mark ein wichtiger Faktor war, der sich jedoch schwer quantifizieren lässt. Weiterhin wurden Kopplungseffekte und die daraus gezogenen Rückschlüsse diskutiert. Dabei ging es um Fragen wie derjenigen, ob politische Loyalität bei der Wohnungsvergabe eine Rolle spielte oder weshalb beispielsweise in Ost-Berlin weniger Farbfernseher in den Haushalten vorhanden waren als in anderen Bezirken. Zur Wohnungsvergabe lässt sich laut Christopher Banditt sagen, dass SED-Parteimitglieder bevorteilt wurden, obgleich die hierzu erhobenen Daten der politisch reglementierten DDR-Soziologie nicht repräsentativ sind. Außerdem wurde angemerkt, dass die Einbeziehung der von der Zentralen Auskunfts- und Informationsgruppe des MfS erstellten Stimmungsberichte lohnenswert ist, auch im Hinblick auf die Frage, inwiefern soziale Ungleichheit innerhalb des Staats- und Parteiapparates reflektiert wurde.

Den zweiten Tag des Kolloquiums eröffnete Martin Kriemann mit der Vorstellung seiner Arbeit mit dem Titel *„Lebenswirklichkeiten nach dem Mauerfall – Zur Rekonstruktion der DDR-Erinnerungskultur(en) der Nachwendegeneration. Eine empirische Studie.“* Zunächst legte Martin Kriemann die theoretischen Grundlagen seiner im Bereich der rekonstruktiven Jugendforschung verorteten Studie mit einer erziehungswissenschaftlichen und sozialkonstruktivistischen Perspektive dar. Ziel der Arbeit, die ihre empirische Datengrundlage aus 16 Gruppeninterviews und dazugehörigen standardisierten Fragebögen generiert, ist es, typische Verarbeitungs- und Erinnerungspraktiken Jugendlicher zu identifizieren und zu beschreiben. Dabei vergleicht er Muster der DDR-bezogenen Auseinandersetzungen mit den Lebensverhältnissen, denen die Probanden entstammen. Im Zentrum der Arbeit stehen die Fragen, wie jungen Menschen der Jahrgänge 1989-2003 Erinnerungen an die DDR und die Deutsche Einheit herstellen, was sie motiviert, sich damit zu befassen, auf welche Quellen sie sich beziehen und wie sich der gesellschaftliche Vermittlungsprozess gestaltet. Ein erster Befund Martin Kriemanns bisheriger Auswertung ist, dass Historizität als Teil der Biographizität erzählt wird. Im Gegensatz zu älteren Generationen werden zwei nationale Geschichten als eine gemeinsame Geschichte begriffen. Auch erzeugt der

Unterschied zwischen der öffentlichen Leitererzählung und der eigenen Geschichtsdeutung eine Spannung, da beides von den Jugendlichen in Einklang gebracht werden muss. Hinzu kommt eine Abstraktion der Geschichte, um diese anhand der eigenen Lebenswelt erklärbar zu machen. Martin Kriemann konnte drei Modi der Auseinandersetzung identifizieren: einen emotional-erfahrungsbasierten, einen kognitiv-distanzierten und einen reflexiv-kritischen Modus. Mit der Frage, ob und inwiefern er den familiären Erziehungsstil durch weitere biographische Interviews in seine Studie einbeziehen sollte, eröffnete er die Diskussion. Wie sich dabei herausstellte, könnten diese zusätzlichen Interviews nützlich sein, um Unterschieden zwischen den Auseinandersetzungspraktiken innerhalb der untersuchten Kohorte nachzugehen. Hinsichtlich der Altersunterschiede wurde auf mögliche Ost-West-Unterschiede verwiesen, die laut Martin Kriemann kaum festzustellen sind. Hingegen sind die Spannungen durch innerhalb der Familie weitergegebenes Vorwissen greifbar. Hinsichtlich der Anmerkung, dass die freiheitlichen Grundwerte, die laut Martin Kriemann alle Jugendlichen gemein haben, im Widerspruch zur hohen Akzeptanz von Parteien wie der AfD stehen, entgegnete Kriemann, dass diese nicht mit einem grundsätzlichen Demokratieverständnis gleichzusetzen sind. Bezüglich der Nachfrage, wie stark Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Gruppen repräsentiert sind und ob sich dies in den Gruppendiskussionen widerspiegelt, gab Martin Kriemann an, dass diese Jugendlichen unterrepräsentiert sind, sich dabei jedoch wie die übrigen Probanden den jeweiligen Modi zuordnen lassen. Jedoch will er prüfen, ob die Zusammensetzung der Gruppen die heutige Gesellschaft abbildet.

Im Anschluss präsentierte Nadine Jenke ihr Forschungsprojekt *„Schrittweiser Bedeutungsverlust? NS-Verfolgte als Akteure der Strafverfolgung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik, der DDR und Österreich.“* Ihre Arbeit fokussiert sich auf die Frage, inwieweit NS-Verfolgte die deutsche und österreichische Strafverfolgung von NS-Verbrechen prägten. Innerhalb der Forschungslandschaft mit den Schwerpunkten Entschädigung, Erinnerung und Strafverfolgung verortet sie ihre Arbeit im letzteren Bereich. Sie betrachtet die Strafverfolgung als Raum, in dem Täter und Opfer unmittelbar aufeinandertrafen sowie neue Rollen und Interessen verhandelt wurden. Während sich die bisherige Forschung zum Feld der justiziellen Ahndung auf das Engagement NS-Verfolgter in der BRD der 1960er Jahre konzentrierte, sieht sie die Beteiligung NS-Verfolgter an der Strafverfolgung in der DDR und Österreich als Desiderat an. Zudem gibt es kaum transnationale Studien. Ihre empirische Akteursanalyse basiert auf den Unterlagen der verschiedenen NS-Verfolgtenverbände und der staatlichen Behörden. Dabei möchte sie neben dem

transnationalen Vergleich auch die Interessen der verschiedenen Verfolgtengruppen beleuchten. Eine wichtige Rolle sollen sowohl systembedingte Unterschiede als auch grenzüberschreitendes Handeln der Akteure spielen. Ihre chronologisch aufgebaute Arbeit umfasst eine Spannweite von der Besatzungszeit bis zu den Entwicklungen der 1980er Jahre. In der Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, inwiefern sich die Agenden der jeweiligen Verfolgtengruppen in den Quellen widerspiegeln. Diese sind laut Nadine Jenke anhand der Eigenpublikationen und Statuten der einzelnen Verbände sowie vorliegender Interviews mit Beteiligten nachvollziehbar. Angeregt wurde zudem eine Fokussierung des breit angelegten Forschungsprojektes auf jüdische oder politisch Verfolgte. Außerdem wäre es lohnenswert, anhand der DDR-Staatssicherheit zu betrachten, wie aus Verfolgten Verfolger wurden.

Im Rahmen der darauf folgenden Präsentation stellte Sophie Lange ihr Forschungsprojekt über *„Deutsch-deutsche Umweltpolitik im internationalen und gesellschaftlichen Kontext des Ost-West-Konflikts, 1970-1990“* vor. Sie hält fest, dass es trotz dieses grenzübergreifenden Themas kaum transnationale Studien gibt. Daher möchte sie das Thema Christoph Kleßmanns »asymmetrisch verflochtener Parallelgeschichte« folgend darstellen. Im Mittelpunkt sollen Kommunikation, Motivation und Interessen der Akteure liegen. Dem Thema soll sich über die Komplexe Abfallverbringung, Luft- und Gewässerverschmutzung genähert werden. Anschließend erläuterte Sophie Lange, dass Anfang der 1970er Jahre der Begriff Umweltschutz entstanden ist, dass es in der DDR zur Gründung eines Umweltministeriums und in der Bundesrepublik zunächst zur Gründung einer Abteilung Umweltschutz im Bundesinnenministerium, jedoch nicht zu Verhandlungen kam. Anfang der 1980er Jahre näherten sich beide Seiten an. Gegenüber standen sich jedoch bei der Verwirklichung von Umweltschutzmaßnahmen das von der DDR-Regierung vertretene Nutznießerprinzip und das Verursacherprinzip, das die Haltung der bundesdeutschen Regierung bestimmte. Laut Sophie Langes These, führte das Zusammenspiel von Umwelt und Wirtschaft anhand des deutsch-deutschen Beispiels zu einer Neubewertung dieser beiden Prinzipien. Anschließend kam es ab Mitte der 1980er Jahre zu ersten Verhandlungen, die in bilateralen Verträgen mündeten. Eine wichtige Rolle für ihre Arbeit soll der gesellschaftliche Kontext der deutsch-deutschen Umweltpolitik spielen. Dabei möchte sie sowohl Medien als auch Umweltgruppen wie Greenpeace oder die in Ost-Berlin aktive Umweltbibliothek in den Blick nehmen. In der anschließenden Gesprächsrunde wurde vor allem die Gliederung diskutiert. Während auf der einen Seite eine thematische Dreiteilung im Gegensatz zur vorgelegten chronologischen Gliederung die Schwerpunkte Müll, Luft und Wasser widerspiegeln könnte, wurde

Sophie Lange nahegelegt, die aktuelle Gliederung unter stärkerer Einbeziehung des zeithistorischen Rahmens beizubehalten. Dem schloss sich Sophie Lange an, mit dem Verweis, dass sich die Entwicklung der Verhandlungen nur über die Chronologie darstellen lässt. Weiterhin wurde angeregt, dass Handlungsspielräume und Reaktionen auf gesellschaftliche Debatten anhand der Gliederung oder des Titels stark gemacht werden sollten. Dabei steht die Frage im Raum, inwiefern informelle Unmutsbekundungen, aber auch gesellschaftliche Debatten politische Reaktionen hervorgerufen haben. Sophie Lange verweist für die DDR auf Eingaben, die auch in der SED-Parteispitze ankamen und durchaus Auswirkungen hatten. Auf die Nachfrage, welchen Platz sie den zivilgesellschaftlichen Akteuren einräumen wird, erwiderte sie, dass diese vor allem gegen Ende der DDR eine große Rolle spielte und daher vor allem im dazugehörigen Teil der Arbeit beleuchtet werden.

Die abschließende Projektpräsentation übernahm Moritz Heitmann mit seiner Arbeit zum Thema „*Deutsch-deutsche Geschichte im Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten*“. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Geschichte der WWU Münster und damit als Nicht-Stipendiat, erhielt er die Möglichkeit, seine Arbeit im Rahmen des Kolloquiums vorzustellen. Dabei betrachtet er den von der Körber-Stiftung veranstalteten Geschichtswettbewerb ausgehend vom konkreten Fallbeispiel des Wettbewerbs 1994/1995, der das Thema „*Ost-West-Geschichten*“ hatte. Im Zentrum der Arbeit stehen dabei Fragen nach geschichtspolitischen Tendenzen, die sich im Wettbewerb niederschlagen, und welche Relevanz und Funktion der Wettbewerb hat. Betrachtet werden dabei Themenfindung, Beiträge, Begutachtung und Prämierung der eingereichten Arbeiten. Dass es sich bei diesem Gegenstand um ein Desiderat handelt, zeigt sich daran, dass es bisher fast ausschließlich Innenbetrachtungen gab. Quellengrundlage sind Unterlagen der Körber-Stiftung wie Korrespondenzen, Publikationen, die eingereichten Beiträge und dazugehörigen Gutachten sowie das Presseecho zum Wettbewerb. Dem Thema soll sich durch eine qualitative Inhaltsanalyse genähert werden, also welche Themen diskutiert und wie Aufgabenstellung sowie Ausschreibung konzipiert wurden. Laut den von Moritz Heitmann formulierten Forschungshypothesen weist der Wettbewerb eine intentionale Struktur auf, während die Teilnehmenden zur Orientierung in der Zeit befähigt werden sollen. Der systematische Zusammenhang bestimmter Kommunikationselemente legt zudem nahe, den Wettbewerb als soziales Funktionssystem im Sinne Niklas Luhmanns zu sehen. In der Diskussion wurde nach der Zusammensetzung der Jury des Wettbewerbs gefragt, die laut Moritz Heitmann von westdeutschen Historiker\*innen dominiert war. Angeregt wurde, die Akteure, also v.a. Jury- und Beiratsmitglieder,

stärker in den Blick zu nehmen. Auch der zeithistorische Kontext sollte in den Blick genommen werden. In diesem Zusammenhang wurde vor allem auf die Rolle des damaligen Bundespräsidenten und die Aufarbeitungsdebatten dieser Zeit verwiesen und wie diese sich in den Intentionen des Wettbewerbs niedergeschlagen haben könnte. Dem könnte Moritz Heitmann durch Interviews mit den damaligen Beiratsmitgliedern nachgehen. Hingewiesen wurde zudem auf die eher allgemeinen Forschungshypothesen und ihre konkrete Anwendbarkeit auf das Fallbeispiel 1994/1995. Auf die Nachfrage, ob lediglich prämierte Beiträge betrachtet werden, erwiderte Moritz Heitmann, dass derzeit ein Sample aus etwa 20 prämierten und unprämierten Beiträgen mitsamt der zugehörigen Gutachten denkbar scheint.